



Antiterrorübung des Einsatzkommandos Cobra: Die größte Gefahr geht vom islamistischen Terrorismus aus.

Extremismusprävention stärken

Die größte Gefahr für die Sicherheit Österreichs ist nach wie vor der islamistische Extremismus. Auf Initiative des BVT wurde ein Ausstiegsprogramm für „Radikalisierte“ geschaffen.

Die Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, Dr. Michaela Kardeis, und der Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), Mag. Peter Gridling, präsentierten Ende Juni 2018 in Wien den Verfassungsschutzbericht 2017. Es gab im Jahr 2017 deutlich weniger links- und rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Österreich. Die Höchstzahlen von 2016, die unter anderem auch auf Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum in Zusammenhang mit der Migrationskrise zu sehen waren, sind zurückgegangen.

Der Linksextremismus umfasst mehrere staatschutzrelevante Strömungen von marxistisch/leninistisch/trotzkistische Gruppen, bis hin zur autonom-anarchistischen Szene mit der gemeinsamen Stoßrichtung das bestehende bürgerlich-kapitalistische System zu beseitigen. Die österreichischen Staatschutzbehörden beobachten linksextreme Positionen, die mit Gewaltakzeptanz

und -befürwortung verbunden sind und die für die Durchsetzung ihrer Ideologien und in der Auseinandersetzung mit anderen politischen Weltanschauungen bewusst Gesetzesbrüche einkalkulieren. Die Zahl der Tathandlungen und Anzeigen wegen linksextremistisch motivierter Straftaten ist 2017 deutlich gesunken. 2017 gab es mit 211 Tathandlungen um 44,9 Prozent weniger als 2016 (383). 2017 resultierten daraus 307 Anzeigen – das sind um 33,7 Prozent weniger als 2016 (463). Die Aufklärungsquote ist auf 14,2 Prozent gestiegen (2016: 13,6 %). 66 Tathandlungen mit linksextremen Tatmotiven wurden im Zusammenhang mit der Nationalratswahl bekannt. Das sind 31,3 Prozent aller 2017 registrierten Tathandlungen. Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren verliefen die Proteste gegen den Wiener Akademikerball 2017 weitgehend ruhig und gewaltfrei. Erst nach dem offiziellen Ende der Kundgebung kam es zu kleineren sicherheitsrelevanten Zwischenfällen, die zu mehreren Anzeigen führten.

Rechtsextremismus ist in der von den österreichischen Staatschutzbehörden verwendeten Definition eine Sammelbezeichnung für politische Positionen (von fremdenfeindlich/rassistisch bis zur nationalsozialistischen Wiederbetätigung), die zur Forderung einer von sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates ablehnen und mit Mitteln bzw. Gutheißen von Gewalt bekämpfen. Die wichtigsten Kommunikationsinstrumente von rechtsextremen Gruppierungen sind soziale Medien und das Internet.

Den Sicherheitsbehörden wurden 2017 1.063 Tathandlungen mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt. Das sind um 19 Prozent weniger als 2016 (1.313). Aus diesen Tathandlungen resultierten 1.576 Anzeigen (2016: 1.867). Die Aufklärungsquote betrug 58,1 Prozent (2016: 61,3). Bei der Internet-Meldestelle „NS-Wiederbetätigung“ gingen 3.523 Informationen und Hinweise ein. Das ist im Vergleich zu



Deradikalisierungsprogramm: Radikalisierten Personen soll der Ausstieg aus dem gewaltbereiten Extremismus ermöglicht werden.

2016 ein Anstieg um 12,8 % (2015: 3.124). Die größte Gefahr für die Sicherheit Österreichs ist nach wie vor der islamistische Extremismus. Auch wenn die Zahl der österreichischen Dschihad-Reisenden stark rückläufig ist, besteht trotzdem eine erhöhte Gefährdung durch den islamistischen Extremismus. Konkrete Anschlagssplanungen wurden in Österreich nicht festgestellt.

Islamistischer Extremismus. Das islamistisch-extremistische Spektrum umfasst unzählige Gruppen, die regional oder transnational aktiv sind. Im Fokus stehen terroristische Organisationen wie die Terrormiliz „Islamischer Staat“, al-Qaida oder von diesen inspirierte Gruppen.

Bis Jahresende 2017 waren 313 Personen aus Österreich bekannt, die aus Österreich als Kämpfer in die Kriegsgebiete Syrien oder Irak gereist sind oder dorthin reisen wollten. 59 davon konnten an der Ausreise gehindert werden, 94 sind wieder nach Österreich zurückgekehrt und 55 sind mit höchster Wahrscheinlichkeit im Krisengebiet getötet worden.

In den vergangenen Monaten des Jahres 2018 konnten keine Reisen nach Syrien und in den Irak mehr festgestellt werden. Dies liegt an dem mit militärischen Niederlagen einhergehenden Attraktivitäts- bzw. Imageverlust der Terrormiliz IS und an verstärkten präventiven und repressiven Maßnahmen der österreichischen Behörden und Präventionspartner.

Prävention ist neben den Maßnahmen des Gesetzgebers zur Bekämpfung der islamistischen Bedrohung besonders wichtig, um dem Extremismus entgegenzuwirken. „Österreich nimmt in der Extremismus-Prävention eine Vorreiterrolle in Europa ein“, sagte Generaldirektorin Kardeis. „Die Strukturen, die wir mit dem bundesweiten Netzwerk für Extremismusprävention und Deradikalisierung aufgebaut haben, sind vorbildhaft. Wir werden die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs dazu nutzen, die Maßnahmen, die wir gemeinsam mit anderen Ministerien, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und den Bundesländern initiiert haben, auf europäischer Ebene vorzustellen.“

Das BVT nimmt die Aufgabe eines Initiators und Koordinators von Präventionsmaßnahmen im Staatsschutzbereich in Österreich seit Jahren wahr. Die Präventionsarbeit basiert auf einem gesamtstaatlichen Ansatz. Von dieser Grundprämisse geleitet, wurde 2017 auf Initiative des BVT das „Bundesweite Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung“ geschaffen und der Prozess zur Einrichtung eines „Ausstiegsprogramms aus dem gewaltbereiten Extremismus“ gestartet. Das Ausstiegsprogramm wird von zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt und befindet sich derzeit in einem einjährigen Testbetrieb. Um bundesweite Koordinations- und Vernetzungsarbeit zu leisten, wurde 2016 das Referat Prävention im BVT geschaffen. 2017 wurde analog dazu der Ausbau der staatschutzrelevanten Präventionsarbeit in den

Landesämtern für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) vorangetrieben. Bereits seit 2014 besteht eine Kooperation mit dem Bundeskriminalamt, die darauf abzielt, Polizei- sowie Präventionsbedienstete für das Thema „Radikalisierung und Rekrutierung“ zu sensibilisieren. Bis dato konnten durch die Sensibilisierungsmaßnahmen rund 200 Präventionsbedienstete für den Jugendbereich erreicht werden. Die polizeiinterne sowie die interministerielle Vernetzung wird auch in den kommenden Jahren fortgeführt.

Österreich und die Türkei. Ein Beitrag des Verfassungsschutzberichtes ist den Entwicklungen in der Türkei und deren Auswirkungen auf Österreich gewidmet. Die sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Türkei und innertürkische Konflikte haben unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Österreich. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 besteht ein erhöhtes Interesse an der Beeinflussung von in Österreich lebenden türkischstämmigen Menschen. Die Einflussnahme wirkt sich negativ auf das Zusammenleben und die Integrationsbemühungen in Österreich aus. Sie hat zu Polarisierungen und Demonstrationen geführt, in deren Verlauf es zu Gewalttätigkeiten gekommen ist. Es gab nachrichtendienstliche Aktivitäten zur Identifikation regimfeindlicher Personen und Gruppen. Österreichische Vereine wurden als politische Instrumente externer staatlicher Akteure missbraucht und politische Entscheidungsträger wurden bedroht. Insgesamt ergibt sich dadurch ein erhöhtes Gefährdungspotenzial in Österreich. „Es ist die Aufgabe des Staatsschutzes, derartige Gefahren zu erkennen, abzuwehren und Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Deshalb wurden und werden auch weiterhin Ermittlungen durch die Staatsschutzbehörden geführt, um unzulässige Einflussnahmen aufzuklären und etwaige Gefahren für die innere Sicherheit Österreichs abzuwehren“, sagte BVT-Direktor Mag. Peter Gridling.

Weitere Beiträge des Verfassungsschutzberichtes 2017 beschäftigen sich unter anderem mit dem Nachrichtendienst, salafistischen Missionierungsaktivitäten in Österreich, separatistischen Strömungen und Cyber-Sicherheit. Der Bericht ist im Internet unter www.bvt.gv.at/401/files/Verfassungsschutzbericht2017.pdf anzusehen. *H. N.*

Foto: Dny13/FotoLIA